



März 2017

Murali Nair

Kann Modi den Elefanten zum Tanzen bringen?

Modis Plan, das indische Sozialsystem umzustrukturieren und durch radikale marktorientierte Reformen auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen, stehen Infrastrukturengpässe und die realen Bedingungen auf dem Land entgegen.

Indien 2013: Der politische Stillstand, verursacht durch Korruptionsskandale und eine unentschlossene United Progressive Alliance-Regierung (UPA) unter Führung der Kongresspartei, ließ die Wirtschaft stagnieren – bis 2010 hatte sie noch eine der höchsten Wachstumsraten unter den großen Volkswirtschaften verzeichnen können. Der Eindruck einer geschwächten, sich ins Wahljahr schleppenden Regierung erschütterte das Vertrauen der Anleger und trübte die Konjunkturaussichten. Diese politische Lähmung war der Nährboden für Narendra Modis Wahlkampf-Kampagne, die versprach, Korruption und Schlendrian im Regierungsapparat zu bekämpfen. Mit Schlagworten wie bevorstehende „gute Zeiten“ („Acche din“) und „Entwicklung mit allen und für alle“ („Sabka saath, sabka vikaas“) gelang es dem kommunikativ versierten Modi, die Fantasie der unteren

und mittleren Schichten zu beflügeln. Sein Versprechen einer besseren Zukunft und seine wirtschaftliche Erfolgsbilanz als Chief Minister des Bundesstaates Gujarat verhalfen ihm bei den Wahlen 2014 zum Erfolg und bescherten ihm eine klare Mehrheit im Parlament.

Weltweit wird nur ein winziger Teil aller Wahlversprechen umgesetzt. Das gilt auch für die Regierung Modi. Vor dem Hintergrund seiner Erfolge in Gujarat ist jedoch Modis Ansatz zur Entwicklung des Landes von besonderem Interesse: Die Kombination eines robusten Infrastrukturausbaus mit einer unternehmensfreundlichen Politik unterscheidet ihn von typischen Mitte-Links-Politikern, die eine umfassende staatliche Kontrolle der Wirtschaft anstreben, um sich und ihrer politischen Basis Vorteile zu verschaffen.

Murali Nair ist Senior Project Manager im Programm Deutschland und Asien der Bertelsmann Stiftung.

Als Premierminister kündigte Modi eine Reihe von Initiativen an, um Indien als Standort für Unternehmen attraktiv zu machen. Er versprach u.a., 100 Smart Cities und ein Hochgeschwindigkeitsnetz für die Eisenbahn

zu bauen. Einige Versprechen hat er bereits eingelöst. Politisch brisante Reformen kommen voran, etwa das Mehrwertsteuergesetz, dem viele Beobachter das Schicksal einer Totgeburt prophezeiten, das nun aber realisiert (wenngleich in mancher Hinsicht verwässert) wird. Neue Insolvenzregelungen, staatliche Hilfen für Start-ups und ehrgeizige Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien sorgen in der Wirtschaft für Jubel.

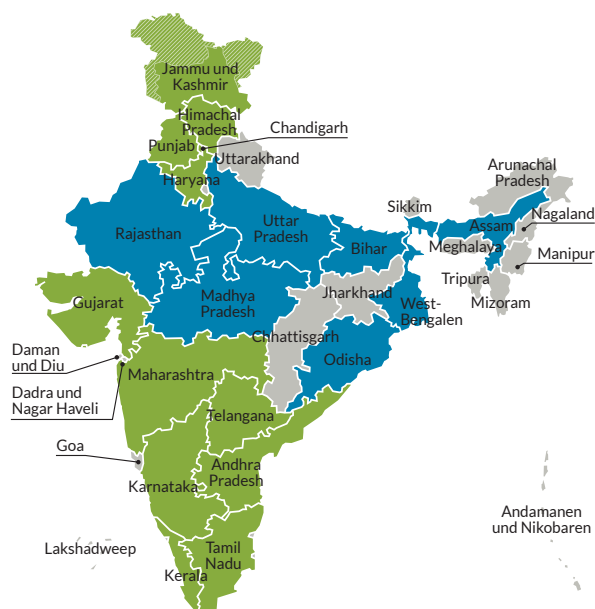
Im sozialen Bereich kündigt Modi eine Abkehr von früheren Programmen und einen grundlegenden Wandel an – weg von der Anspruchsberechtigung hin zu mehr Eigenverantwortung. Erreicht werden soll dies durch mehr Effizienz der öffentlichen Dienstleistungen und eine größere Rolle des Marktes bei der Leistungserbringung. Die indische Bürokratie ist vor allem für zwei Dinge bekannt: für ihre Ineffizienz (schätzungsweise 54 Prozent des Weizens für die Armen gelangen an Unbefugte) und für ihr Misstrauen gegenüber dem Markt bzw. der Wirtschaft. Modis mutigen Plan zur Reform des Sozialsystems mit dem Slogan „Möglichst viel gestalten, möglichst wenig regieren“ begrüßten deshalb sogar seine Kritiker.

Natürlich konnte Modi die Erfolge seiner Regierungszeit in Gujarat auf nationaler Ebene nicht einfach replizieren, nicht nur wegen der föderalen Struktur, sondern auch wegen der Unterschiede im Niveau der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Bundesstaaten. Obwohl einer der attraktivsten Bundesstaaten für inländische und internationale Anleger, steht Gujarat bei den sozialen Indikatoren nicht an der Spitze: Bei der Kindersterblichkeitsrate (Sterblichkeitsziffer unter fünf Jahren) schnitt Gujarat 2012 sogar als schlechtestes der als reich eingestuft elf Staaten ab. Abb. 1 listet die indischen Bundesstaaten nach den Parametern des UN-Human Development Index auf und vergleicht sie mit anderen Ländern (Daten aus 2015). In diesem globalen Ranking variieren die Platzierungen zwischen 104 für Kerala und 163 für Bihar; Gujarat liegt auf Platz 139, also nahe am nationalen Durchschnitt von 130. Dies zeigt: Wirtschaftswachstum ist in Indien nicht automatisch in eine bessere soziale Entwicklung übersetzbar.

Modi hat die Hälfte seiner Amtszeit absolviert – ein guter Zeitpunkt, um zu beurteilen, ob seine Sozialpolitik tatsächlich die Linie seiner Vorgänger verlassen

Abb. 1: Ranking indischer Bundesstaaten im internationalen Vergleich nach dem Human Development Report von 2015

Indische Bundesstaaten			Vergleichbare Länder	
Bundesstaaten	Konstruierte HDI-Punktzahl	Hypothetische HDI-Plätze	Länder	HDI-Punktzahl
Kerala	0.7117	104	Malediven	0.706
Himachal Pradesh	0.6701	116	Usbekistan	0.675
Tamil Nadu	0.6663	118	Philippinen	0.668
Maharashtra	0.6659	119	Südafrika	0.666
Punjab	0.6614	124	Bolivien	0.662
Haryana	0.6613	125	Kirgisistan	0.655
Jammu und Kaschmir	0.6489	128	Irak	0.654
Karnataka	0.6176	137	Tadschikistan	0.624
Andhra Pradesh	0.616	138	Tadschikistan	0.624
Gujarat	0.6164	139	Honduras	0.606
Indischer Durchschnitt	0.6087			
West-Bengalen	0.6042	142	Bhutan	0.605
Rajasthan	0.5768	151	Ghana	0.579
Odisha	0.5567	154	Bangladesch	0.57
Madhya Pradesh	0.5567	155	Bangladesch	0.57
Assam	0.5555	156	Kambodscha	0.555
Uttar Pradesh	0.5415	161	Pakistan	0.538
Bihar	0.5361	163	Myanmar	0.536



Quelle: Mint 17.12.2015. <http://www.livemint.com/Politics/3KhGMVGxXcGYBRMsmDCFO/Why-Kerala-is-like-Maldives-and-Uttar-Pradesh-Pakistan.html>.

| BertelsmannStiftung

hat. Hierzu untersuchen wir zwei Initiativen: eine, die die Regierung als eine ihrer besonderen Leistungen preist, und eine andere, die sie nur widerwillig von der Vorgängerregierung übernommen hat und weiterführt. Erstere, genannt JAM (Jan Dhan Aadhar Mobile), ist ein neues technologie- und marktorientiertes Programm für die finanzielle Inklusion und Selbstbestimmung der Armen; letztere das zehn Jahre alte Sozialprogramm der Vorgängerregierung mit Schwerpunkt auf Beschäftigungsansprüchen: der Mahatma Gandhi National Rural Employment Generation Act (MGNREGA).

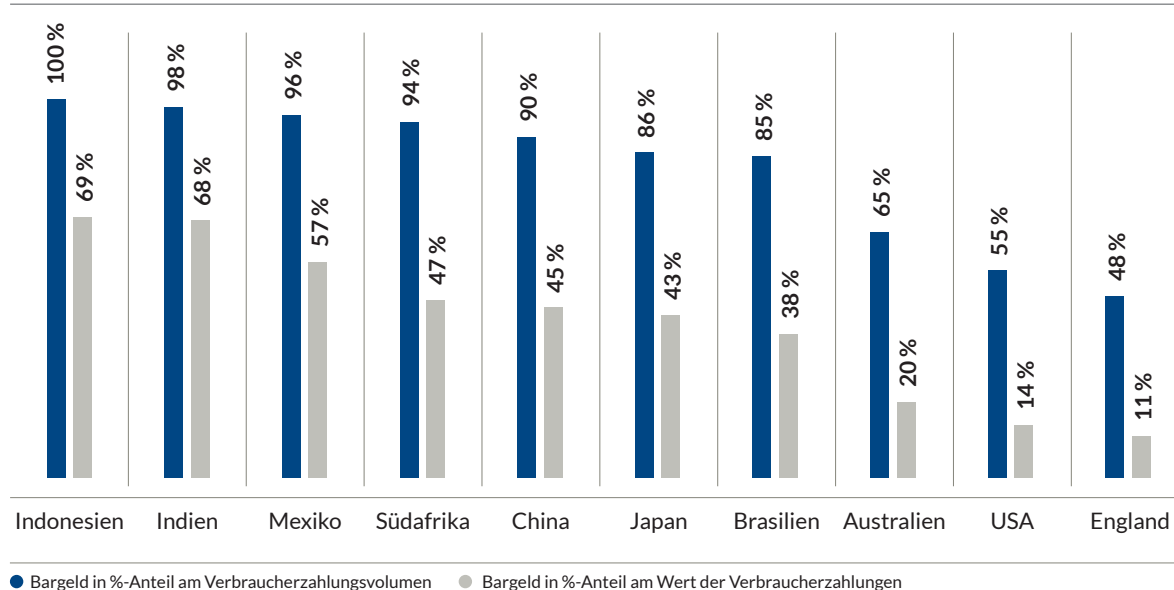
JAM – Programm zur finanziellen Inklusion

Modi ist einer der wenigen Politiker in Asien mit Affinität zu modernen Technologien, die in einige seiner sozialpolitischen Initiativen einfließt, insbesondere im Bereich der finanziellen Inklusion. Nach dem Zensus von 2011 nehmen 557 Mio. Inder nicht am Bankverkehr teil. Die Mehrheit dieser weltweit größten Gruppe ohne Zugang zu Banken lebt auf dem Land und ihre Situation ist durch hohe Kreditausfälle, hohe Transaktionskosten und fehlende Sicherheiten für Darlehen charakterisiert. Zwar gibt es Maßnahmen wie mobile Geldautomaten und Postgirokonten, um Abhilfe zu schaffen – bislang jedoch mit begrenztem Erfolg. Indiens Volkswirtschaft ist nach wie vor bargeldorientiert: Nahezu 13 Prozent des BIP entfallen auf Bargeld; in Brasilien sind es im Vergleich laut Economic Times

nur vier Prozent. Wie Abb. 2 zeigt, liegt der Anteil der bar abgewickelten Verbrauchergeschäfte noch höher und Indien steht mit 98 Prozent weltweit an zweiter Stelle nach Indonesien. Die indische Notenbank gibt jährlich mehr als drei Mrd. Euro nur für die Aufrechterhaltung der Transaktionen in der Landeswährung aus.

Um das Bankenangebot zu verbessern und den Bargeldanteil am BIP zu senken, setzte Modi mit seiner ersten Rede zum Unabhängigkeitstag (15.8.2014) für die städtischen und ländlichen Haushalte ohne Zugang zum Bankwesen Pradhan Mantri Jan-Dhan Yojana (PMJDY) in Gang. Diese Kampagne ermutigt die Bürger, Konten ohne große Hürden und ohne Gebühren zu eröffnen. Darauf setzt das JAM-Programm (Jan Dhan Aadhar Mobile) auf, das die Eröffnung von Millionen neuer Bankkonten mit Bankdienstleistungen auf der Grundlage biometrischer Identifizierung („Aadhar“) und mobilen Banklösungen kombiniert, um öffentliche Leistungen effizient bereitstellen und Fördermittel auszahlen zu können. JAM gewährt Kontoinhabern zudem Vorteile wie einen Lebensversicherungsschutz in Höhe von 30.000 Rupien, eine Unfallversicherung von 100.000 Rupien und eine Geldkarte; ferner ermöglicht es eine Kontoüberziehung von 5.000 Rupien. Etwa zwei Jahre nach dem Programmstart gab es mehr als 250 Mio. neue Bankkonten, mit Guthaben von insgesamt mehr als 740 Mrd. Rupien (über 11 Mrd. Euro), wie Abb. 3 zeigt.

Abb. 2: Bargeldumlauf bei Verbrauchergeschäften



Quelle: Disrupting Cash, Accelerating Electronic Payments in India. Price Waterhouse Coopers 2016.

BertelsmannStiftung

Die Regierung verknüpfte das JAM-Programm darüber hinaus mit einem Sozialversicherungssystem. Weil nur 20 Prozent der Bevölkerung eine Art Krankenversicherung haben und kaum mehr als elf Prozent rentenversichert sind, rutschen jährlich mehr als 39 Mio. Inder wegen ihrer Gesundheitskosten in Armut ab. Dank der mit JAM verbundenen Versicherungs- und Rentenprogramme sind mittlerweile weitere 30 Mio. Inder kranken- und weitere 3,4 Mio. Inder rentenversichert. Kritiker weisen darauf hin, die Eröffnung eines Bankkontos allein sei noch keine finanzielle Inklusion und das Programm, im Hauruckverfahren umgesetzt, richte sich in erster Linie auf die Steigerung der Anmeldungen, ohne dass für die nötige Bankeninfrastruktur gesorgt wäre: In Indien gibt es nur 18 Geldautomaten pro 100.000 Erwachsene, gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 43. Zudem macht der lückenhafte Internetzugang in ländlichen Gebieten die Ausweitung des Bankennetzes teuer und zeitaufwändig.

Bewohner entlegener Dörfer müssen, um einen Geldautomaten nutzen zu können, oft in die nächste Stadt reisen und damit auf ihren Tageslohn verzichten. Funktioniert der Automat nicht, kommt es zu weiteren Lohninbußen. Dies zeigen die nahezu 60 Mio. Konten ohne Guthaben (24 Prozent der Gesamtheit). Die Regierung geht das Thema finanzielle Inklusion zwar ernsthaft an und hat bereits einiges vorzuweisen, ist aber noch weit vom Ziel entfernt.

Die biometrische ID-Karte Aadhar, von der UPA-Vorgängerregierung 2009 eingeführt, ist ein Eckpfeiler der Sozialpolitik. Das Cloud-basierte System wurde unter Nandan Nilekani entwickelt, einem Mitbegründer von Infosys (eine der größten indischen IT-Firmen) mit dem Ziel, die Identifizierung aller Inder durch Fingerabdruck- und Iriserkennung zu revolutionieren und so die Unterschlagung von Zuschüssen und Sozialleistungen zu verringern. Obwohl Modis BJP zu Oppositionszeiten aus Gründen des Datenschutzes noch gegen das Projekt war, machte sie nach dem Machtantritt eine Kehrtwende und die Teilnahme an diesem System zur Voraussetzung für die Auszahlung von Sozialleistungen.

Heute haben 93 Prozent der Inder (mehr als eine Milliarde) eine Aadhar-Karte; rund 40 Mrd. Dollar an Sozialleistungen werden über dieses Identifizierungssystem jährlich ausgezahlt. Über 70 Prozent der JAM-Konten sind mit dem Aadhar-System verbunden. Dadurch ist gewährleistet, dass den Bedürftigsten die zustehenden Leistungen direkt auf ihr Konto überwiesen werden, ohne dass ein Teil davon im Verwaltungsapparat versickert.

Das ID-System steht nun auch der Privatwirtschaft offen. Das ist für den Finanzsektor von erheblicher Bedeutung, weil Banken und andere Finanzdienstleistungsinstitute in Indien für jede Kundenidentifizierung ca. 22 Euro ausgeben müssen. Durch Aad-

Abb. 3: Pradhan Mantri Jan-Dhan Yojana – bis 8.1.2016 eröffnete Konten



(alle Angaben in Mio.)

Quelle: <http://pmjdy.gov.in/account>

| BertelsmannStiftung

har sinken die Kosten auf 0,15 Euro, wodurch sich der Zugang zu mehr als einer halben Mrd. Indern öffnet. Das System wurde seit 2010 drei Mrd. Mal genutzt. Diese Kombination aus staatlich gelenkter Modernisierung und Nutzung der Potenziale der Digitalisierung für private Unternehmen passt zu Modis Strategie der Verbesserung des Marktzugangs und des Empowerments der Bürger.

Überraschend war Modis Entscheidung vom 8.11. 2016, sämtliche 500- und 1000-Rupien-Banknoten aus dem Verkehr zu ziehen; beide machen 86 Prozent des indischen Bargeldumlaufs aus. Diese zu einem Zeitpunkt einzuziehen, zu dem die Wirtschaft mit mehr als 7,5 Prozent wuchs, kam einem Wechsel der Pferde im vollen Galopp gleich. Gedacht war die Maßnahme als gezielter Angriff auf nicht ausgewiesenes Vermögen, wovon geschätzte sechs Prozent Bargeld sein sollten, während der größte Teil in Gold, Immobilien und Fremdwährung angelegt ist.

Seitdem wurden auf die für Arme gedachten JAM-Konten mehr als vier Mrd. Euro eingezahlt, was den Verdacht der Geldwäsche nahelegt. Das plötzliche Durcheinander neuer Regeln, ihre nachträgliche Änderung oder sogar teilweise Aufhebung durch die indische Zentralbank lassen auf die verpfuschte Umsetzung eines gut gemeinten, aber schlecht durchdachten Plans schließen. Die Inder standen tagelang vor den Banken Schlange. Sie fügten sich stoisch in ihr Schicksal und tauschten schließlich mehr als 80 Prozent des Bargeldbestandes um (Stand 8.11.2016). Nach nichtamtlichen Schätzungen wurden bis Ende Dezember 2016 sogar 97 Prozent des Bargeldes eingezahlt, was Behauptungen über den enormen Umfang des nicht ausgewiesenen Vermögens widerlegt. Nicht alles Bargeld ist nicht ausgewiesenes Vermögen, denn die meisten Kleinunternehmen werden vollständig mit Bargeld betrieben. Mehr als 90 Prozent der indischen Erwerbstätigen sind im informellen Sektor beschäftigt. Alle Wanderarbeiter, Straßenverkäufer u. a. sind komplett auf Bargeld angewiesen. Von der Abschaffung der Banknoten sind sie daher unverhältnismäßig stark betroffen, ihre Existenzgrundlage könnte mit zurückgehender Konjunktur und Beschäftigung schwinden. Die Weltbank hat ihre Wachstumsprognose von zuvor 7,6 auf 7 Prozent nach unten korrigiert.

Uttar Pradesh ist mit 200 Mio. Einwohnern der bevölkerungsreichste Bundesstaat und zugleich einer der

ärmsten Staaten. Dort finden im Februar und März 2017 Parlamentswahlen statt, deren Ausgang zeigen wird, ob die Wähler Modis Versuch der Korruptionsbekämpfung honorieren. Die Frage ist letztlich: Wieviel des Leides der einfachen Leute kann durch ihre Schadenfreude ausgeglichen werden, die sie gegenüber den Reichen empfinden, die einen Teil ihres illegalen Vermögens verloren zu haben scheinen?

MGNREGA und ländliche Entwicklung

Der Mahatma Gandhi National Rural Employment Generation Act (MGNREGA) ist das weltweit größte Beschäftigungsprogramm. Es bildete den Kern der Sozialpolitik der UPA-Regierung für ländliche Regionen und wird nun von der Regierung der Nationalen Demokratischen Allianz (NDA) unter Modi fortgeführt. Im September 2005 verabschiedet, garantiert es jedem Dorfbewohner, der zu einer manuellen Arbeit zum Mindestlohn bereit ist, eine Beschäftigung für 100 Tage. Er kann die Beschäftigung bei der Regierung beantragen und hat Anspruch darauf, sie binnen 15 Tagen zu bekommen. Wer dies nicht nutzen kann, hat Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Mindestens 60 Prozent der Haushaltsmittel sollen für diese direkte Unterstützung, der Rest für Sachkosten aufgewendet werden. In den letzten zehn Jahren seines Bestehens hat das Gesetz 19,86 Mrd. Manntage geschaffen, mehr als 51 Mrd. Euro ausgezahlt und 276 Mio. Beschäftigten genutzt. Dabei besetzten Frauen über die Hälfte der Arbeitsplätze; 41 Prozent der Beschäftigten waren Dalits (Angehörige der unteren Kasten) und Adivasis (Angehörige der indigenen Bevölkerung).

Eine Untersuchung des National Council for Applied Economic Research von 2015 ergab, dass das Gesetz zwischen 2005 und 2012 zur Senkung der Armut um 32 Prozent beitrug und verhinderte, dass fast 14 Mio. Menschen neu in Armut gerieten. Insgesamt fallen 45 Prozent der in den ländlichen Regionen geschaffenen Vermögenswerte in den Bereich der Sanitärversorgung, gefolgt von 13 Prozent für Bewässerungsmaßnahmen – beides die drängendsten Probleme im ländlichen Indien. Das Gesetz wirft zudem indirekten Nutzen ab, etwa die Erhöhung der Löhne auf dem Land und die Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, was sich positiv auf Ernährung, Gesundheit und Bildung auswirkt. Ferner hat es die Verhandlungsposition der Beschäftigten gegenüber den Grundbesitzern ver-

bessert. Damit hat das Programm die Existenz vieler Menschen gesichert und die Landflucht verringert.

In riesigen Ländern wie Indien gibt es oft erhebliche Mittelabflüsse und Korruption bei großen Programmen für eine Milliardenbevölkerung. Ein Rechnungsprüfungsbericht zeigte, dass von 2010 bis 2012 nur 20 Prozent der für das Programm vorgesehenen Mittel für die Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh, wo 40 Prozent der indischen Armen leben, zugeteilt wurden. Nur rund 40 Prozent der Beschäftigten bekommen ihr Geld innerhalb der zugesagten Zweiwochenfrist.

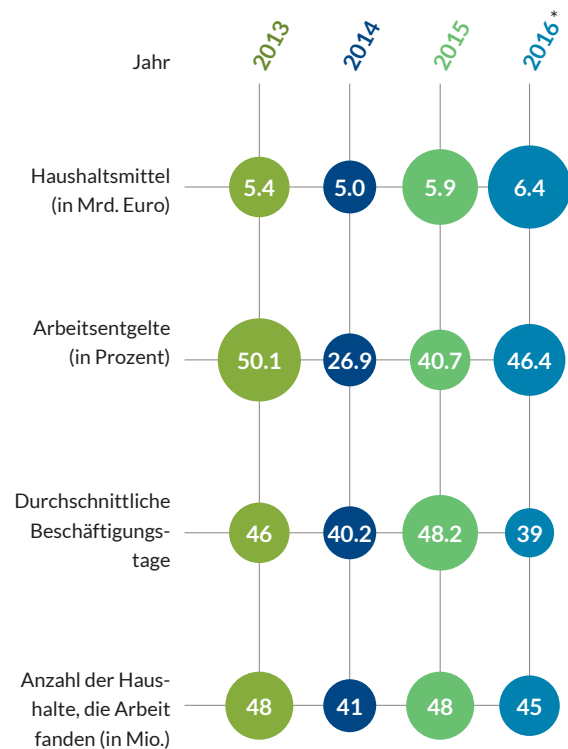
Mit seiner Beschäftigungsgarantie war der MGNREGA der Modi-Regierung zunächst ein Gräuel. Sie führte ihn jedoch fort, um den Indern ein „ständiges Zeugnis des Versagens“ der UPA-Regierung vor Augen zu führen. Zugleich nahm sie grundlegende Veränderungen vor. So begrenzte sie das Programm auf wirtschaftlich rückständige Gebiete. Die beiden aufeinanderfol-

genden Dürrejahre 2014 und 2015 sowie die sinkenden Gebrauchsgüterpreise am Weltmarkt führten zu einer Agrarkrise, die viele Bauern in Bedrängnis brachte und die Notwendigkeit des MGNREGA unterstrich.

Der Versuch, ein Bodenreformgesetz zu verabschieden, das es Unternehmen erleichtert hätte, mehr unerschlossenes Land für ihre Vorhaben zu erwerben, brachte der Modi-Regierung den Vorwurf der Opposition ein, „eine Regierung für die Eliten in Anzügen“ zu sein. Um dieses Image loszuwerden und die Landwirtschaft finanziell zu stützen, machte Modi eine Kehrtwende und erhöhte die Haushaltsmittel für den MGNREGA auf die Rekordsumme von knapp sechs Mrd. Euro (siehe Abb. 4).

Die Aufnahme von Technologie- und Transparenzinitiativen in ein so gigantisches Sozialprogramm wie den MGNREGA wird auf lange Sicht viel dazu beitragen, die Existenzgrundlage der Schwächsten und Unbeachteten zu sichern, also der armen ländlichen Bevölkerung ohne Grundbesitz.

Abb. 4: MGNREGA Kennzahlen



* März bis Dezember

Quelle: www.nrega.nic.in

| BertelsmannStiftung

Fazit

Es ist weder einfach noch fair, die Sozialpolitik einer Regierung auf Basis einer Analyse lediglich zweier ihrer sozialpolitischen Vorhaben zu beurteilen, und das bereits zur Mitte der Legislaturperiode. Doch sind diese beiden Programme für das von der Modi-Administration versprochene neue Denken repräsentativ. Sie können daher zur Einschätzung der Richtung und des Erfolgs seiner Politik beitragen.

„Einmal aufgewärmt, können Elefanten tanzen“: Indem er Entwicklung versprach, weckte Modi die Fantasie der Inder. Sein marktorientiertes Konzept in Verbindung mit einem präsidenten-pragmatischen Regierungsstil hat Entscheidungsprozesse beschleunigt. Dies kommt internationalen Anlegern und Großunternehmen zugute, die schnelle Entscheidungen bevorzugen. Entscheidungen praktisch umzusetzen, ist in Indien angesichts der föderalen Struktur und einer trägen Bürokratie eine große Herausforderung. Der indische Wohlfahrtssektor ist mit seiner Vielfalt an Akteuren bis hinunter zur Dorfebene komplexer als anderswo. Alle haben bei der Umsetzung von Programmen etwas mitzureden – daher ist dieser Sektor durch Ineffizienz, Korruption und große bürokratische Ermessensspielräume belastet.

Eine Reform dieses System kommt dem Ausmisten des Augiasstalls gleich. Auch mit besten Absichten be- greifen die Bürokraten in Delhi kaum die alltäglichen Probleme der Mehrheit der armen Inder, tausende Kilometer entfernt in kleinen Dörfern ohne grund- legende Infrastrukturen. Modis Tempo stößt oft an die Grenzen der Bürokratie und des schieren Mangels an materieller und sozialer Infrastruktur. Ländliche In- frastruktur zu schaffen – Banken, Bildung usw. – ist deshalb eine Voraussetzung für wirtschaftliche Refor- men. Radikale Veränderungen, seien sie noch so gut gemeint, würden das Leben der Menschen zerrütten, die noch kein soziales Netz haben, das sie auffängt. Schrittweise Infrastruktur und Humankapital für eine nachhaltig funktionierende Wirtschaft und Gesell- schaft aufzubauen, braucht jedoch viel Zeit und bringt keine positiven Schlagzeilen.

Reichtum sickert in Indien nicht automatisch von oben nach unten durch: Das hohe BIP-Wachstum der letz- ten beiden Jahrzehnte hat sich nicht von selbst in massenhafte Beschäftigung übersetzt. Trotz eines Überangebots an Erwerbsfähigen ist das Wirtschaftswachstum in Indien sehr kapitalintensiv und der Fertigungssektor wird durch technologische Entwick- lungen wie Industrie 4.0 eher technologie- als be- schäftigungsintensiv sein. Teure Investitionsvorha- ben wie Smart Cities und Hochgeschwindigkeitszüge würden diesem Muster entsprechen, aber den Millio- nen Menschen, die jeden Monat neu auf den Arbeits- markt drängen, nicht ausreichend Beschäftigung bieten. So zweifelhaft es scheinen mag, im Rahmen eines staatlichen Beschäftigungsprogramms unge- lernte Arbeiter mit einfachen Werkzeugen einen Kanal im Dorf graben zu lassen – dazu gibt es kaum Alter- nativen, die sich ohne riesige Investitionen in Bildung, Ausbildung und Gesundheit der Bevölkerung reali- sieren lassen.

Unter den Bedingungen des Kastenwesens begrenzt die indische Gesellschaftsstruktur die Gewerbefreiheit, eine Voraussetzung für das Funktionieren freier Märkte. Die Märkte sich selbst zu überlassen, würde jedoch zu Elend und sozialen Unruhen führen. Die BJP-Regie- rung war klug genug, sich den Realitäten anzupassen. Die arme Bevölkerung Indiens ist auf Unterstützung angewiesen und wird es kurz- bis mittelfristig auch noch bleiben.

Selbsthilfe ist die beste Hilfe. In Indien leben die meis- ten armen und unterprivilegierten Menschen weltweit. Sie werden ausgenutzt von einem Privatsektor, der sich über Regelungen zu Arbeitssicherheit und Löhnen hinwegsetzt, und von einem Verwaltungsapparat, der über ihr Schicksal nach Ermessen befindet. Das Netz sozialer Sicherheit, das Modi durch eine Kombinati- on von Versicherungen und direkten Transferleistun- gen knüpft, ist daher ein großer Schritt in die richtige Richtung. Initiativen, die Mittelsmänner ausschließen und Leistungsempfänger durch Bankkonten und di- gitale Dienstleistungen stärken, sind lobenswert und können in Verbindung mit ehrgeizigen Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen viel dazu beitragen, den Traum von der „Entwicklung mit allen und für alle“ zu verwirklichen.

Nicht alle Inder sind Yogis: Das Versprechen einer besseren Zukunft gehört zu jedem Wahlprogramm. Wahlsieger wird meist, wer am glaubwürdigsten klingt. Modis Ankündigungen haben die Erwartun- gen sehr hoch geschraubt. Wenngleich die meisten Versprechen zur Halbzeit seiner Regierung erst noch einzulösen sind, zeigt eine Umfrage des Pew-For- schungszentrums von 2016, dass Modi das Wohlwol- len von 81 Prozent der Inder genießt (2015 waren es noch 87 Prozent).

Modis verbesserte Staatseinnahmen sind temporär, denn sie resultieren aus historisch niedrigen Ölpreisen, billigen Kapitalzuflüssen infolge der expansiven Geld- politik in Europa und niedrigen Zinssätzen in den USA. Nun aber wird Erdöl teurer und nach einer Zinserhö- hung in den USA und dem Ausklingen der expansiven Geldpolitik in der EU könnten die Kapitalströme die Richtung wechseln. Modi hat nur wenige Möglichkei- ten, eine solide Basis für sozioökonomische Entwick- lung zu schaffen: nämlich massive und konsequente Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruk- tur. Um Indien wirklich aufblühen zu lassen, braucht es ein solides Fundament. Fehlt es, werden die globa- len wirtschaftlichen Turbulenzen das Land erbeben lassen – und diese werden infolge des Konjunktur- rückgangs in China und eines aggressiven Donald Trump noch an Intensität zunehmen.

Weiterführende Literatur:

Sonalde Desai, Prem Vashishtha, and Omkar Joshi. Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act: A Catalyst for Rural Transformation. ID no.: 7259. 2015.

Tadit Kundu. "Why Kerala is like Maldives and Uttar Pradesh, Pakistan. Three findings regarding India's states using the Human Development Index methodology." Mint. Dec. 17, 2015. <http://www.livemint.com/Politics/3KhGMVXGxXcGYBRMsmDCFO/Why-Kerala-is-like-Maldives-and-Uttar-Pradesh-Pakistan.html>.

Usha Ram et al. "Neonatal, 1–59 month, and under-5 mortality in 597 Indian districts, 2001 to 2012: Estimates from national demographic and mortality surveys." The Lancet Global Health 1.4 (2013): e219–e226.

Jann Goedecke et al. "Why do financial inclusion policies fail in mobilizing savings from the poor? Lessons from rural South India." Development Policy Review (2016).

Zuletzt erschienen:

Asia Policy Brief | August 2016

Das Ende der Panda-Politik

Bernhard Bartsch

Asia Policy Brief | April 2016

Wirtschaft im Abschwung?

Asia Looks at China

Jabin T. Jacob

Asia Policy Brief | Dezember 2015

Modi's Reform Agenda:

Wie realistisch ist ein Wandel in Indien?

Milan Vaishnav

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“

ISSN 2364-8554